



Mag. Christoph Korosec, Obmannstellvertreter von Nova EUropa

Referat bei der Nova EUropa - Klausur am 13.1.2007 in der Politischen Akademie:

"Gründung und Politik der Europäischen Föderation – Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik nach europäischen Wertvorstellungen"

Ich darf hier in meinem Referat die bisherigen Überlegungen zum Kapitel 2 "Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik nach europäischen Wertvorstellungen" präsentieren.

Gibt es ein europäisches Gesellschaftsmodell, gibt es gemeinsame europäische Werte?

Aus der Sicht unseres christlich-sozialen Weltbildes, das unserem Verständnis nach eine gelungene Synthese von Glaube, Humanismus und Aufklärung darstellt, beantworten wir diese Frage positiv. Vor allem nach dem 2. Weltkrieg hat sich in Europa, wenn auch zum Teil unbewusst, ein eigenes Gesellschaftsmodell entwickelt, das nunmehr im Zeitalter der Globalisierung immer stärker mit anderen Gesellschaftsmodellen – unter anderem mit dem „American way of life“ aber auch mit totalitär geprägten Gesellschaftsmodellen – in der Welt in Konkurrenz tritt. Selbstverständlich gerät unsere Gesellschaft dadurch unter Druck – und sie wird sich nur behaupten können, wenn richtige Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gefunden werden.

Wir treten jenen entgegen, die die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des europäischen Gesellschaftsmodells, wie auch die Möglichkeit der Schaffung eines geeinten Europas, negieren und auch wenig Vertrauen haben, dass die europäische Gesellschaft den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist.

Anhand von beispielhaft ausgewählten zukünftigen Herausforderungen wie Klimawandel, demografische Entwicklung, Einwanderung, Bildung oder Terrorismus, können wir aufzeigen, dass, wenn wir es wollen, die europäische Gesellschaft eine stabile Gesellschaft ist, die für die übrige Welt sogar Vorbildcharakter hat.

Vorerst einmal brauchen wir eine neue Denkweise – jenseits dogmatischer politischer und religiöser Kategorien. Die Bewältigung der Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft steht im Vordergrund. Das bedeutet nicht einem Pragmatismus ohne Werte zu huldigen – im Gegenteil wir wollen unsere Wertvorstellungen bewusst in den Diskussionsprozess einfließen lassen.

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, der in die Schöpfung eingebettet, gefordert ist, mit seiner Umwelt, die ja seine eigene Lebensgrundlage ist, verantwortungsvoll umzugehen. Wichtig ist daher für uns, dass wir Menschen uns dessen bewusst sind und dass ein gemeinsamer Wertekonsens letztendlich weltweit notwendig ist, um ein menschenwürdiges Leben und nachhaltiges Wirtschaften zu garantieren.

In Europa haben wir es zumindest geschafft, Frieden und Stabilität zu erreichen. Noch nie haben so viele Bewohner unseres Kontinents in Wohlstand und in Frieden leben können – eine Tatsache, die für Generationen vor uns unvorstellbar war. Auch wenn wir in Europa viel erreicht haben, dürfen wir nicht die übrigen Erdteile vergessen, die davon noch weit entfernt sind, ja für die unsere Lebensweise geradezu eine Provokation darstellt. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass wir unseren

Wohlstand in Europa zum Teil auf Kosten der Armen in der Welt, der Natur und unserer eigenen Nachkommen auskosten.

Unsere Botschaft richtet sich daher an alle Europäer, die guten Willens sind dieses Unrecht zu ändern und die die Notwendigkeit erkennen, dass Europa zum Schutz seiner elementaren Interessen wie Achtung der Menschenrechte, Bewahrung unseres Planeten durch ein nachhaltiges ökosoziales Wirtschaftsmodell, Bekämpfung von Unterdrückung und Armut, Ausbau von Rechtsstaat und Demokratie und vor allem zur Sicherung des Friedens in Europa und in den angrenzenden Regionen, einheitlich auftreten muss.

Unserem christlichen Selbstverständnis nach sehen wir uns als Gestalter von Globalisierung, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir Europäer müssen uns unserer Werte bewusst werden, nach ihnen handeln und diese auch selbstbewusst nach Außen vertreten. Das europäische Menschenbild, das nach unserem Verständnis nach auf drei Säulen beruht, nämlich auf der antiken griechisch-römischen Tradition, den christlichen und jüdischen Einflüssen und dem Erbe der Aufklärung, ist dazu ein sehr fruchtbringendes Fundament. **Für uns ist die abendländische Kultur gerade ohne die vereinigende und sich gegenseitig befruchtende Kraft von Christentum und Aufklärung nicht denkbar.**

Wir betonen aber auch, dass andere Weltanschauungen gut und wichtig sind, die letztendlich zum selben Wertesystem führen. Ermöglicht wird dies durch das gemeinsame Bekenntnis zum Erbe der Aufklärung, das alle relevanten gesellschaftlichen Weltanschauungen Europas vereint. So formuliert der große Aufklärer Emmanuel Kant in seinem Werk "Was ist Aufklärung": „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Und ein paar Zeilen weiter: „Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben.“

Jeder Mensch hat also die Möglichkeit, sich seines Verstandes zu bedienen und kann sich dadurch mündig machen. Dieser Verstandesgebrauch führt automatisch zu einem Pluralismus von Meinungen und Ideen. Aufklärung verlangt nunmehr im Miteinander den Respekt gegenüber der Meinung des Anderen und verwehrt sich gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit des Gegenübers. Es hat lange gedauert, dass dies von Weltanschauungen mit Absolutheitsanspruch auch respektiert wurde. Manche akzeptieren es noch immer nicht – bewegen sich aber damit heute in Europa außerhalb des gesellschaftlich akzeptierten Systems.

Für eine pluralistische Gesellschaft ist das Gebot der Toleranz gegenüber der Meinung und Ideen Anderer eine unabdingbare Grundbedingung. Doch damit Toleranz nicht Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit wird, muss der Wert der Toleranz auch durch seine Grenzen bestimmt werden. Geübte Toleranz fordert in erster Linie gegenseitigen Respekt der Gesprächspartner. Ist dies nicht gegeben, werden die Menschenwürde des Einzelnen oder unser gesellschaftlicher Grundkonsens allgemein bedroht, ist es geradezu sittlich geboten, keine Toleranz zu üben, sondern selbstbewusst gegenüber dem Fanatismus des Intoleranten aufzutreten. Der Philosoph Bobbio hat dazu den berühmten Satz von „der Pflicht zur Intoleranz gegenüber der Intoleranz“ geprägt. Der Rechtsstaat wird daher gefordert sein, entsprechende Rahmenbedingungen festzulegen.

Dieser kleine Exkurs in die Philosophie soll deutlich machen, dass die Errungenschaften der Aufklärung unser gemeinsames Erbe sind.

Es bedarf also keiner neuen Ideologie und es liegt uns auch fern, eine neue europäische Gesellschaftsideologie, quasi als Mischung von allen vernunftgebrauchenden Weltanschauungen zu kreieren. Auch lehnen wir jeden Absolutheitsanspruch ab. Gerade Heilsbotschaften, die beanspruchen allein selig machend zu sein, sind oft das große Unheil für die Menschen. Unser Ziel hingegen ist es, anhand unseres weltanschaulichen Fundaments, gesellschaftspolitische Wege für die Zukunft Europas aufzuzeigen.

Europas Werte

Geleitet von unserem Weltbild haben wir im Arbeitskreis Werte, die als allgemeiner Grundkonsens in der europäischen Gesellschaft angesehen werden können, zu Prinzipien einer europäischen Gesellschaftspolitik zusammengefasst.

Neben dem Bekenntnis zum Erbe der Aufklärung sind dies folgende Prinzipien:

- Universalität der Menschenrechte
- Freiheit in Verantwortung
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Säkularer Staat
- Recht auf Sicherheit und Heimat
- Gerechtigkeit im Speziellen soziale Gerechtigkeit
- Bekenntnis zur Bildungsgesellschaft

Darüber hinaus haben wir auch in der Justiz- und Innenpolitik allgemeingültige europäische Wertvorstellungen wie das strikte Folterverbot, die Ablehnung der Todesstrafe oder auch das Recht auf Asyl.

Ausgehend von diesen Prinzipien stellt sich für uns als wesentliche Voraussetzung für die Gründung einer Europäischen Föderation die Frage nach einer gemeinsamen Identität.

Das Ringen um die europäische Identität

Europäische Identität ist kein feststehender Begriff. Es ist unsere Aufgabe, erst eine solche Identität zu entwickeln. Für die Akzeptanz der Europäischen Föderation wird das unbedingt erforderlich sein.

Worte von Präsident Vaclav Havel 1994 in Straßburg drücken die Notwendigkeit einer solchen Identitätsfindung sehr gut aus:

Deswegen scheint es mir, dass die vielleicht wichtigste Aufgabe, der sich heute die Europäische Union gegenüber sieht, einhergeht mit einem neuen, aufrichtigen und klaren Nachdenken über das, was man europäische Identität nennen mag, einer neuen und wahrhaft klaren Benennung europäischer Verantwortung, einem verstärkten Interesse an einer echten Integration, an all ihren weiteren Verwicklungen in der gegenwärtigen Welt und an eine Erneuerung ihres Ethos oder wenn Sie so wollen, ihres Charismas.“ Václav Havel, 1994

Die Frage der Entstehung einer europäischen Identität ist vielschichtig. Identitätsstiftend sind sicher die oben aufgezeigten gemeinsamen Werte. Doch diese Identitätsmerkmale entfachen eben bei den Europäern nicht jenes Zusammengehörigkeitsgefühl, das dem mit Pathos gelebten Zusammengehörigkeitsgefühl der USA entspricht. Wenn wir uns die Geschichte der Bildung nationalstaatlicher Identität ansehen, dann entstand diese eher irrational durch Mythenbildung oder mehr noch durch Kampf gegen äußere Feinde, der die Identitätsbildung erst so richtig geformt hat. Im Falle Europas könnte man einen solchen Feind leicht ausfindig machen, den Islam zum Beispiel. Doch dieses alte Muster ist nicht wünschenswert – wir müssen neue Wege finden. Vielleicht könnte ein großes europäisches Projekt zur Vermeidung einer Klimakatastrophe und zum Erhalt und Ausbau des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu einer solchen Aufgabe und dann zu einem solchen Erfolgserlebnis werden, das den Europäern Stolz und Zusammengehörigkeitsgefühl gibt.

Letztendlich bedarf es dazu aber – unter anderem – folgender gemeinsamer Anstrengungen, die Voraussetzungen für die Entstehung einer europäischen Identität sind:

- Ein Umdenken der nationalen politischen Eliten ist notwendig – das reicht von der Einsicht des notwendigen nationalen Souveränitätsverzichts und des damit verbundenen eigenen Machtverzichts bis zu aktiver Überzeugungsarbeit bei den Bürgern des eigenen Staates;

- Eine europäisch geprägte politische Bildung in den Grundschulen und eine von Historikern aus ganz Europa getragene kritische europäische Geschichtswissenschaft sind wesentlich und einer europäischen Staatsgründung förderlich;
- Ist ein europäischer Staat gegründet, so ist die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit – europäische Rundfunksender, europäische Zeitungen – notwendig, damit europäische Demokratie funktionieren kann;
- Die Menschen in Europa müssen miteinander kommunizieren können. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende europäische Demokratie. Daher ist eine gemeinsame Sprache, die von allen Bürgern einer Europäischen Föderation gesprochen bzw. verstanden wird, wünschenswert. Die Zweisprachigkeit der Bürger muss daher Ziel europäischer Bildungspolitik sein;
- Letztlich muss die Bevölkerung von einem "europäischen Patriotismus" emotional erfasst werden;

Eine große Herausforderung wird dabei der Umgang mit unserer historischen und kulturellen Vergangenheit sein – denn diese gemeinsame Vergangenheit war sehr oft mehr von Gegensätzlichkeiten als von Gemeinsamkeiten geprägt. Gerade deshalb ist es unbedingt notwendig, dass wir Europäer uns genau mit diesen Gegensätzlichkeiten auseinandersetzen. Gemeinsames europäisches Erbe kann eben nur durch kritische Selbstreflexion bewältigt werden und darin liegt die große Chance – durch das Aufarbeiten seiner eigenen Unzulänglichkeit einen neuen Ethos im Umgang mit der übrigen Welt zu finden. Wir halten ein aufgeklärtes Geschichtsbild, als Grundlage eines europäischen Selbstbewusstseins für wesentlich – zudem stärkt es Europas Glaubwürdigkeit in der Welt.

Auch ist uns bewusst, dass europäische Identität nichts statisches, sondern durch eine Kultur der Selbstreflexion auch einem Wandel unterzogen werden muss. Daher ist auch das Wort Ringen oder sogar Kampf um eine europäische Identität die durchaus treffende Bezeichnung.

Doch kommen wir nunmehr zur Frage: Was stiftet Identität?

Nun, das wären die Bindung an Familie, Volk und einen konkreten geografischen Raum, die gemeinsame Sprache und Kultur sowie die Akzeptanz gemeinsamer Werte.

Elemente europäischer Identität wären demnach in Begriffen zusammengefasst:

- Heimat
- gemeinsame kulturelle Leistungen
- gemeinsame ethische und politische Werte
- gemeinsame Ziele

Es zeigt sich, dass wir uns im Zusammenhang mit der Identitätsfrage mit dem Begriff Heimat und in weiterer Folge auch mit Leitkultur, Verfassungspatriotismus und wehrhafte Demokratie auseinandersetzen haben. Das sind nicht unumstrittene Begriffe, die aber für den Diskussionsprozess unerlässlich sind.

Heimat

„Wo Heimat ist, ist auch Verantwortung“, so ein Zitat aus dem Buch „Heimat, Politik mit Sitz im Leben“ von Erhard Busek – "Heimat" ist für uns ein durchaus demokratischer Begriff. Er hat in einem zivilisierten Sinne nichts mit "Blut und Boden" zu tun.

Wenn wir uns bei den Menschen umhören, erkennen wir ja selbst, wie wichtig ihnen Heimat ist. Sie bedeutet eben Geborgenheit und Vertrautheit. Alles was dies stört oder zerstört, wie Verlust an Sicherheit, Entfremdung durch radikale Veränderung der vertrauten Umwelt, führt zu Unsicherheit und Unruhe.

Wir können also sagen – der europäische Bürger braucht eine Heimat, seinen unmittelbaren Lebensraum, der ihn emotional und rational bindet. Dort findet er Geborgenheit und Sicherheit. In ihr fühlt er sich verantwortlich, kann gemeinschaftlich empfinden, was für die Solidarität einer Gesellschaft be-

sonders wichtig ist. Gerade in diesem Raum kann er sich als mündiger Bürger – die wohl größte Er-rungenschaft der Aufklärung – durch politische Mitwirkung entfalten. Heimat ist also der Raum der unmittelbaren Mitbestimmung und Gestaltung.

Heimatliche Bindung schafft Verantwortung, auch für das gemeinsame Ganze, und respektiert die Heimaten Anderer. Sein Selbstbewusstsein macht den seiner Heimat verbundenen Menschen gegen-über dem Anderen neugierig und offen.

Kommen wir zu den weiteren Elementen, die für eine gemeinsame Identität wesentlich sind – nämlich den gemeinsamen kulturellen Leistungen und den ethisch-kulturellen Werten.

Dies bedeutet, sich kritisch mit diesen gemeinsamen kulturellen Leistungen auseinanderzusetzen und gemeinsame ethische- und kulturelle Werte herauszuarbeiten.

Wir wollen uns auch mit den Begriffen "Leitkultur" (Bassam Tibi), Verfassungspatriotismus und "wehrhafte Demokratie" beschäftigen und begründen, warum sie für ein vernünftiges Identitätsver-ständnis wichtig sind.

Das kulturelle Erbe Europas

Wie bereits vorhin erwähnt, werden wir uns einmal damit kritisch auseinandersetzen müssen, was die Leistungen Europas sind und vor allem, womit wir die Welt beglückt haben.

Wir alle wissen, dass Europa neben vielem Positiven auch Urheber von Fehlentwicklungen in der Welt ist – Kolonialismus, die rücksichtslose Ausbeutung der Erde, Nationalismus und Rassismus, Totalitarismus jeder Art. Und auch religiöser Fanatismus ist uns nicht fremd! Grund genug, unsere Leistungen eben mit Demut zu betrachten.

In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, wenn man beim Bau des "europäischen Hauses" ohne Reichsmythos auskommt. Nicht einmal das gemeinsame Erbe der Aufklärung sollte zu einem solchen Mythos erhoben werden. Die Stärke Europas soll eher aus der Besonnenheit und der Klugheit erwachsen. Daher auch unser Angebot an die Welt, an unserem Sozial- und Wirtschaftssystem teilzu-nehmen. Dies kann aber nur freiwillig sein und bedarf des ernststen Willens zur Veränderung in jenen Staaten, die das wollen.

Weitere Punkte wären die Notwendigkeit einer "europäischen Leitkultur" und ein Verfassungspatrio-tismus – auf diese Begriffe wollen wir nun näher eingehen.

Leitkultur

Gerade aufgrund der Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen dürfen wir das Entstehen eines Nebeneinanders der Kulturen, das zu Parallelgesellschaften führt, nicht dulden. Wir kennen ge-nügend Beispiele, wohin das führt. Es muss zu einem Miteinander der Kulturen kommen! Dazu bedarf es aber eines Orientierungsrahmens. Bassam Tibi nennt diesen "europäische Leitkultur" – sie beruht auf westlichen Wertvorstellungen. Bassam Tibi sagt: „Die Werte für die erwünschte Leitkultur müssen der kulturellen Moderne entspringen, und sie heißen: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschen-rechte und Zivilgesellschaft“.

Der Begriff hat nicht ohne Grund eine Ähnlichkeit mit der in der deutschen Rechtsprechung vorhan-denen "demokratischen Grundordnung".

Für eine solche Leitkultur spricht, dass dadurch das friedliche Miteinander garantiert und ein Neben-einander von Gesellschaften verhindert werden soll, wobei gleichzeitig kulturelle Vielfalt bewahrt wird. Und sie soll vor allem Zuwanderern zu einer neuen Identität verhelfen und dadurch die Integra-tion fördern.

Obwohl der Begriff "Leitkultur" sehr kritische Reaktionen hervorgerufen hat, schätze ich ihn, weil er von einem Einwanderer aus einem muslimischen Land kommt, der als ein Hoffnungsträger für einen aufgeklärten Islam gilt und dem man Chauvinismus sicher nicht unterstellen kann.

Verfassungspatriotismus

Leitkultur orientiert sich stark an einem Verfassungspatriotismus, der den Bogen zu einem ursprünglichen Verständnis von Patriotismus, das älter ist als der Nationalismus, schlägt. Sein zentraler Sinn liegt in der "Verknüpfung des Patriotismus mit der bürgerlichen Freiheit und mit der Verfassung". Verfassungspatriotismus setzt also den freien und mündigen Bürger voraus und fordert eine aktive Rolle des Staatsbürgers. Der Bürger soll sich mit den universellen Grundwerten, den Institutionen und Verfahren der politischen Grundordnung identifizieren. Die Identifikation soll in erster Linie rational sein, sie besteht aber selbstverständlich auch aus einer gefühlsbetonten Komponente, wie Staatssymbole oder Feier zum Staatsfeiertag.

Verfassungspatriotismus bedarf auch des Wissens der Bürger um ihre Rechte und Pflichten. Daher sollen bereits die jungen Menschen in den Grundschulen Demokratie erfahren und eine umfassende politische Bildung genießen. Der Staatsbürger muss auch wissen, was universelle Grundwerte, was die allgemeine Geltung der Menschenrechte oder Demokratie bedeuten. Zentraler Punkt in diesem Zusammenhang ist die Bereitschaft des Staates und seiner Bürger, diese Grundwerte auch zu verteidigen.

Wehrhafte Demokratie

Daher verstehen wir die Europäische Föderation als wehrhafte Demokratie – sie wird also nicht nur ihr Territorium nötigenfalls verteidigen sondern auch ihre Grundwerte. Wir sind uns dabei bewusst, dass dies in einigen Ländern, mit einer rechtspositivistischen Tradition in der Rechtslehre ein Umdenken bedeutet. Doch die leidvolle Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lehrt uns, dass es besonders wichtig ist, diese universellen Grundwerte zu verteidigen – nötigenfalls sogar gegen den eigenen Staat.

Eine wehrhafte Gesellschaft schützt aktiv die Demokratie, die Menschenrechte und die Freiheit der Bürger. Diese stehen selbst nicht mehr zur Diskussion – sie können auch durch eine noch so große Mehrheit nicht aufgehoben werden. Ein Grund für die Einschränkung des Mehrheitsprinzips ist auch, dass eine momentane Mehrheit nicht für nachfolgende Generationen entscheiden kann.

Wehrhafte Demokratie beinhaltet, dass bestimmte Verfassungsbestimmungen in ihrem Wesensgehalt unveränderlich sind. Dazu gehören die Menschenrechte, Demokratie, Rechts- und Sozialstaat sowie das Subsidiaritätsprinzip.

Wehrhafte Demokratie soll die demokratische Grundordnung effizient schützen. Zum Schutz dieser Grundordnung können – wie im deutschen Grundgesetz vorgesehen – folgende Maßnahmen ergriffen werden, die wir auch in der Verfassung der Europäischen Föderation verankert haben wollen:

- Das Verfassungsgericht soll bei Missbrauch über die Verwirkung bestimmter Grundrechte entscheiden können. Dies betrifft die Presse- und Versammlungsfreiheit, die Lehrfreiheit, die Vereinsfreiheit (Parteienverbot), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentumsrecht und das Asylrecht.
- Als weitere Schutzmaßnahmen sollen Strafbestimmungen gegen verfassungsfeindlich eingestellte Personen sowie Berufsverbote dienen.
- Ausdruck des freien und mündigen Bürgers soll das in der Verfassung normierte Widerstandsrecht des Bürgers zum Schutz der demokratischen Grundordnung sein.

Ziele

Nachdem wir Heimat, gemeinsame kulturelle Leistungen sowie gemeinsame ethische und politische Werte als wichtige Elemente der Identitätsfindung erkannt haben, sind zusätzlich gemeinsame Ziele unerlässlich. Sie geben dem Miteinander erst eine Zukunft.

Wie bereits erwähnt gibt es genug Herausforderungen in der Welt, die uns Europäern als gemeinsame Ziele dienen können.

Die wichtigsten Ziele wären:

- Verhinderung der Klimakatastrophe und Bewahrung der Biosphäre;
- Festigung des europäischen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialmodells;
- Gewährleistung, Verteidigung und Weiterentwicklung der Menschenrechte
- Sicherheit im Inneren
- Äußere Sicherheit

Es muss uns bewusst sein, dass wir diese Ziele nur gemeinsam erreichen können. Dazu müssen wir in Europa in der Lage und willens sein, globale Verantwortung zu übernehmen. An dieser Bewusstseinsbildung arbeiten wir und dabei wäre das Werden einer europäischen Identität ein wichtiger Schritt.

Fassen wir kurz zusammen:

Die Frage der Entstehung einer europäischen Identität ist vielschichtig. Identitätsstiftend sind sicher die gemeinsamen Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gleichberechtigung von Mann und Frau, säkularer Staat, sozialer Friede und Soziale Marktwirtschaft.

Im Gegensatz zum herkömmlichen, nationalen Identitätsverständnis ist europäische Identität weniger statisch zu verstehen sondern durch eine Kultur der Selbstreflexion auch einem Wandel unterworfen. Insbesondere die kritische Reflexion des europäischen Erbes ist unerlässlich, um zu einer gemeinsamen europäischen Identität zu finden.

Das gemeinsame Europa soll auch kein Projekt von Oben sein, sondern – nehmen wir das Beispiel der amerikanischen Nation – es muss von der breiten Basis der Bürger Europas getragen werden. Es ist uns bewusst, dass es sich um einen Prozess handelt, der nicht morgen abgeschlossen sein wird. Aber, wie wiederum die Staatswerdung der USA zeigt – wenn der Keim gesät und der richtige Anlass gekommen ist, kann die Saat innerhalb von kurzer Zeit aufgehen. Vielleicht könnten auch große europäische Ziele wie die Vermeidung einer Klimakatastrophe oder die Weiterentwicklung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu einem solchen Erfolgserlebnis werden, das bei den Europäern zu neuem Selbstbewusstsein und zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl führt.

Ausgewählte Politikfelder

Auf Grundlage der oben angeführten Prinzipien einer europäischen Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik haben wir folgende Politikfelder ausgewählt, die wir eingehender betrachten wollen:

- Politik des Schutzes und der Weiterentwicklung der Menschenrechte und der Errungenschaften des 20. Jahrhunderts sowie Schutz politisch Verfolgter
- Politik der stabilen demografischen Entwicklung
- Politik der Förderung des Wertes der Bildung sowie der Innovationsfähigkeit Europas
- Politik der Erhaltung und Stärkung der kulturellen Identität Europas
- Politik der inneren Sicherheit

Zu den Punkten im Einzelnen:

Politik des Schutzes und der Weiterentwicklung der Menschenrechte und der Errungenschaften des 20. Jahrhunderts sowie Schutz politisch Verfolgter

Zentrale Programmatik einer Europäischen Föderation wird es sein, sich glaubwürdig und aktiv für die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen. Es ist eine der größten Herausforderungen, einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und der Achtung der Menschenrechte zu finden.

Als Stichworte seien erwähnt:

- modere Überwachungsmethoden;
- menschenwürdiger Freiheitsentzug;
- aber, harte Strafen bei Kapitalverbrechen und Ausschluss einer vorzeitigen Entlassung;

Der Staat hat auch darauf zu achten, dass jede Form von Rassismus oder Nationalismus – ein Grundübel Europas im letzten Jahrhundert – aber auch religiöser Fundamentalismus wirksam bekämpft werden.

Letztendlich ist in diesen Fällen nach dem Prinzip "keine Toleranz gegen Intoleranz" vorzugehen. So sollte eine Abschiebung eines Fremden, der unsere Gesellschaftsordnung bedroht, sofort und auch dann möglich sein, wenn ihm in jenem Land, in das er abgeschoben wird, Unannehmlichkeiten drohen bzw. er dort politisch verfolgt wird. Diese Person würde ihr Asylrecht und das Gastrecht missbrauchen. In diesem Fall ist die Bedrohung unserer Rechtsordnung höher zu werten, als das drohende Ungemach für den Abzuschiebenden. Auch im Interesse der Mehrheit der Fremden, die sich integrieren, sollte in diesen Fällen rigoros vorgegangen werden.

Selbstverständlich soll sich aber die Europäische Föderation zum Asylrecht, als unverzichtbaren Teil der Menschenrechte, bekennen. Zielsetzung muss auch sein, politisch und wirtschaftlich aktiv dem weltweiten Flüchtlingselend Einhalt zu gebieten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Grundsätze der gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau sowie die Gleichheit zwischen Mann und Frau im Allgemeinen. Gerade im Hinblick auf die schweren Diskriminierungen von Frauen in vielen Teilen der Welt sind wir als Gesellschaft zu besonderer Wachsamkeit aufgerufen und dürfen uns vom Weg der Gleichberechtigung und des aktiven Einsatzes und des Kampfes für diese Prinzipien nicht abbringen lassen.

Politik der stabilen demografischen Entwicklung

Was die demografische Entwicklung anbelangt, wird Europa in den nächsten Jahrzehnten mit einer Verringerung seiner Bevölkerung rechnen müssen. Das bedeutet grundsätzlich keine Katastrophe – wenn dieser Rückgang gering ausfällt, da Europa zu den dichtest besiedelten Regionen der Welt zählt. Für einige Staaten Europas wird jedoch ein dramatischer Rückgang der Bevölkerung prognostiziert und das hat eine Menge negativer Auswirkungen. Infrastruktur wird nicht mehr benötigt und verfällt, die Gesellschaften werden aufgrund der Überalterung träger, es fehlt der Mut zu Neuem, zu Innovationen ..., möglicherweise fehlen Arbeitskräfte, der Migrationsdruck steigt.

Wir brauchen daher eine wirksame Politik zur Erhöhung der Geburtenrate! Allgemein zu konstatieren, dass die geringe Geburtenrate mit dem zunehmenden Wohlstand im Zusammenhang steht, stimmt, wenn überhaupt, dann nur bedingt. Es gibt in Europa sehr wohl wohlhabende Staaten, die eine akzeptable Geburtenrate haben. Erwähnt seien nur Irland, Frankreich oder auch die skandinavischen Länder.

Gerade für Kontinentaleuropa ist hierbei das französische Modell interessant! Frankreich praktiziert seit über fünfzig Jahren eine bewusst kinderfreundliche und vor allem auch mütterfreundliche Politik. Kinder- und mütterfreundliche Politik – das bedeutet die Ermöglichung einer ganztägigen, außerhäuslichen Betreuung der Kinder ab dem ersten Lebensjahr, also ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Kinderkrippen und Ganztagsbetreuung der Kinder in Kindergarten und Schule. Besonders wichtig ist auch, dass es in unserer Gesellschaft, was die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern angeht, zu einem Umdenken kommt – Frauen, die ihre Kinder in außerhäusliche Betreuung geben und berufstätig sind, sind keine Rabenmütter! Gerade wir Christlich-Soziale sind gefordert, unsere weltanschaulichen Scheuklappen abzulegen.

In Frankreich sind viel mehr Frauen – trotz Kindern – voll- und hauptberuflich und damit voll in den Arbeitsmarkt integriert. Und das wird dort als selbstverständlich angesehen! Entsprechend gut ausgebaut ist die staatliche wie private Kleinkinderbetreuung und ab dem dritten Lebensjahr bis zur Matura sind die Kinder bzw. Jugendlichen in Ganztagskindergärten und Ganztagschulen untergebracht. Auch

Väter, wie Modelle in Schweden zeigen, können sich an der Kindererziehung durchaus aktiver beteiligen.

Es muss uns aber klar sein, dass – auch wenn wir das französische Modell sofort in ganz Europa einführen, es jahrzehntelang dauern würde, bis es wirksam wird. Schließlich dauert es 20, 25 Jahre, bis aus Kindern Erwachsene werden, die aktiv zur Wertschöpfung einer Volkswirtschaft beitragen. Daher brauchen wir ganz aktuell auch Einwanderer aus anderen Erdteilen.

Durch eine unkontrollierte Zuwanderung, besteht die Gefahr, dass es zur Entstehung kaum integrierbarer Minderheiten und zur Entstehung von Parallelgesellschaften kommt. Es müssen daher einheitliche Richtlinien geschaffen werden, die die Voraussetzungen für Einwanderung regeln. Dabei ist darauf zu achten, dass die Auswahl anhand objektiver und nachvollziehbarer Kriterien stattfindet. Maßgebliche Faktoren für Einwanderungsquoten sind wohl wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Bedarf. Die dementsprechend festgesetzte Quote wird mit Einwanderungswerbern zu besetzen sein, die nach ihrer Chance auf wirtschaftliches Fortkommen – daher insbesondere entsprechend ihrer Bildung bzw. Ausbildung und ihren Sprachkenntnissen – auszusuchen wären. Zentrale Kriterien im Rahmen des Einwanderungsverfahrens müssen aber auch die Integrationswilligkeit, die Akzeptanz des gesellschaftlichen Grundkonsenses (Rechtsstaat, Gleichheit von Mann und Frau), religiöse Toleranz ... sein! Wir bekennen uns hier ganz klar zum Prinzip der "kulturkompatiblen Einwanderung". Nur wenn die Beurteilung, entsprechend der vorhin genannten Kriterien, positiv ausfällt, soll legale Einwanderung möglich sein. Schließlich wäre im Rahmen der Einwanderungsverfahren auch auf ein annäherndes Gleichgewicht der Geschlechter bei den Zuwanderern zu achten.

Generell soll legale Einwanderung auch mit einer Arbeitserlaubnis verbunden sein und die Staatsangehörigkeit soll bereits nach einigen Jahren des legalen Aufenthalts erlangt werden können. Alle diese Modalitäten sollen mit den Einwanderungswerbern in einer Integrationsvereinbarung festgelegt werden. Wer den Vertrag nicht einhält, soll die Aufenthaltserlaubnis verlieren und bei schwerwiegenden Verstößen sofort ausgewiesen werden können.

Islam in Europa

Sprechen wir über Einwanderung in Europa, dürfen wir am Thema Islam nicht vorübergehen. Es ist nicht zu verkennen, dass es auch im Islam in Europa problematische Tendenzen gibt, die nicht toleriert werden dürfen. Ich verweise hier vor allem auf Ehrenmorde, Unterdrückung der Frau und religiöse Intoleranz. Auch ist in Europa eine Re-Islamisierung von Teilen bereits in Europa geborener Einwanderer der zweiten und dritten Einwanderergeneration festzustellen.

Wie für alle Weltanschauungen und Religionen hat auch für den Islam unmissverständlich die Unterordnung unter den allgemeinen Grundkonsens zu gelten. Jede Aufweichung dieses Grundsatzes, wie die in letzter Zeit – im Zusammenhang mit dem Karikaturenstreit – aufgetretene Relativierung der künstlerischen Freiheit, ist auf das schärfste zu verurteilen. Gerade dieser Fall hat aber leider gezeigt, dass es mit der Solidarität in Europa nicht weit her ist.

Da die Zahl der Einwanderer aus muslimischen Ländern bereits eine nicht geringe Größenordnung erreicht hat, soll zukünftig Einwanderung vermehrt aus anderen, nichtislamischen Kulturkreisen, insb. aus dem südlichen Afrika und Lateinamerika forciert werden. Wenn die Einwanderer aus verschiedenen Weltgegenden kommen, wird auch der Trend zur Bildung von Parallelgesellschaften abebben und die Integration der bereits ansässigen Mitbürger aus muslimischen Ländern besser zu bewerkstelligen sein.

Wir sind überzeugt – Integration kann gelingen. Die Zuwanderer müssen sich jedoch aktiv bemühen, die jeweilige Landessprache zu erlernen, sie müssen die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Landes, in welches sie einwandern, akzeptieren und sie müssen die Grundwerte der Gesellschaft, der sie künftig angehören, nicht nur akzeptieren sondern sie sich zu eigenen machen. Dies geschieht am leichtesten, wenn der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung gesucht wird. Einen wichtigen Integrationsbeitrag könnte dabei eine vielfältige Vereinskultur leisten. Dies wäre eine große Herausforderung für die

Zivilgesellschaft, die entsprechend gefördert werden sollte. Der Staat sollte durch entsprechende Maßnahmen, wie Fördermaßnahmen im Sprach- und Bildungsbereich, durch Staatsbürgerschaftskunde und im Bereich der Raumplanung Benachteiligungen auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene abbauen helfen.

Gelungene Integration ist demnach die Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen und Respekt und erfordert einen achtsamen Umgang mit Vielfalt und Unterschieden – freilich im Rahmen der Akzeptanz und der Internalisierung unserer Werte. Daher muss auch darauf hingewiesen werden, dass eine solche Integration faktisch einen starken assimilatorischen Charakter haben wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Es muss in unserem Interesse sein, dass sich – wie beim Christentum geschehen – ein aufgeklärter europäischer Islam etabliert. Wie wir wissen, war die Durchsetzung der Werte der Aufklärung gegenüber den Kirchen auch nur mit mehr oder weniger sanftem Druck möglich. Auch hier ist Bassam Tibi ein Vorreiter, der sich für einen mit der europäischen Moderne und der zivilisatorischen Identität Europas versöhnten Islam einsetzt, der sich ohne Vorbehalte zu Demokratie und Menschenrechten bekennt. Es darf aber nicht übersehen werden, dass es auch eine weitere Strömung im Euro-Islam gibt – einen sogenannten Immigrantensislam, der an einer fundamentalistischen Interpretation des Islam und einem der Scharia verpflichteten Gesellschafts- und Lebensmodell festhält. Dieser problematischen Entwicklung wäre durch Förderung der Ausbildung von Religionslehrern an öffentlichen europäischen Universitäten vorzubeugen. Die Lehrbefugnis an öffentlichen Schulen soll nur erhalten, wer sich dem allgemeinen Grundkonsens unterwirft und diesen auch praktiziert.

Politik der Förderung des Wertes der Bildung sowie der Innovationsfähigkeit Europas

Dieses Kapitel soll sämtliche Bildungseinrichtungen, wie Schule, Universitäten aber auch Forschungseinrichtungen behandeln. Ich möchte mich hier auf die Schule konzentrieren. Sie ist der Kernbereich einer europäischen Bildungsgesellschaft und muss damit eines der wichtigsten Anliegen der Politik der Bundesstaaten der Europäischen Föderation sein.

Auch in der Schulpolitik müssen wir uns von althergebrachten weltanschaulichen Ressentiments verabschieden! Wir brauchen ein neues Schulmodell zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, das gleiche Bildungschancen für Alle bietet und gerade auch die Integration von Einwanderern fördert. Gerade auch aus christlicher Sicht ist es ungerecht, dass bereits beim Einstieg in die schulische Mittelstufe faktisch gesellschaftlich differenziert wird. Wie bereits erwähnt, muss das Schulsystem zudem die Vollerwerbsfähigkeit der Frauen ermöglichen. Daher ist eine Ganztagsbetreuung bis zum Ende des Pflichtschulalters notwendig und daher muss über eine Gesamtschule nachgedacht werden. Auch muss man sich überlegen, ob nicht das Lernen der Kinder vor dem sechsten Lebensjahr beginnen kann. Zumindest sollte es für alle ein verpflichtendes Vorschuljahr geben, damit alle Kinder mit Schulantritt ein möglichst gleiches Sprachniveau aufweisen.

Dieses neue Grundschulmodell könnte auch bezüglich der Schaffung einer europäischen Identität wertvolle Dienste leisten. So könnte man die Kinder in Politischer Bildung in der Grundschule mit den europäischen Grundwerten vertraut machen. Am wichtigsten ist aber, dass Schule vor allem beim Erlernen der europäischen Sprachen einen der wichtigsten identitätsstiftenden Beiträge leisten kann. Ich schlage vor, dass alle Kinder in der Europäischen Föderation ab der 1. Klasse Grundschule eine der Hauptsprachen der Föderation als Zweitsprache erlernen und dass in dieser Sprache dann später auch Fächer unterrichtet werden. Englisch soll dann als erste Fremdsprache ab der 5. Klasse Grundschule unterrichtet werden.

Politik der Erhaltung und Stärkung der kulturellen Identität Europas

Wir sehen also, welchen wichtigen Beitrag die Schule zum Werden einer europäischen Identität leisten kann. Ergänzend sei hier noch erwähnt, dass – nicht nur aus demokratiepolitischen Gründen sondern auch zur kulturellen Identitätsfindung – die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit notwendig ist. Daher wird nicht nur die Entstehung föderale Medien und deren Vielsprachigkeit zu fördern sein sondern auch europäische Kultur, im Speziellen der europäische Film.

Politik der inneren Sicherheit

Die Bürger in Europa erwarten sich einen wirksamen Schutz ihrer Lebensbereiche. Die Europäische Union sowie die Europäische Förderation haben daher in Hinblick auf die grenzüberschreitenden Probleme, wie illegale Einwanderung, Menschenhandel und -schmuggel, Terrorismus sowie organisierte Kriminalität und deren Verhütung gemeinsam und wirksam vorzugehen. Gleichzeitig ist dabei die Achtung der Grundfreiheiten und Grundrechte sicherzustellen. Zur Bewältigung diese Herausforderungen bedarf es einer funktionierenden und gut vernetzten Exekutiv- und Justizorganisation, die sich auf gut ausgebildete, hochmotivierte und professionell agierende Mitarbeiter stützen kann.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.